

Der Konsum gibt zu denken

Umweltbericht des Bundes

Bern. Die Schweiz kann bezüglich der Umweltpolitik zwar Erfolge aufweisen, es bleibt aber noch viel zu tun. Dies ist das Fazit des Berichts «Umwelt Schweiz 2018». Vor allem das Konsumverhalten der Bevölkerung gibt dem Bundesrat zu denken. So hat sich der Fussabdruck für die Gesamtweltbelastung pro Person zwischen 2000 und 2015 um 19 Prozent verringert. Der Konsum ist aber seit den 1990er-Jahren stärker gewachsen als die Bevölkerung.

Dabei fällt ein immer grösserer Teil der Umweltbelastung im Ausland an. «Mit meinem Konsum belaste ich heute zu drei Vierteln das Ausland», sagte Karine Siegwart, Vizedirektorin des Bundesamts für Umwelt (Bafu), gestern vor den Medien in Bern. Mit ihrem Konsum- und Produktionsverhalten überschreite die Schweiz das für die Umwelt verträgliche Mass um das Dreifache, heisst es in dem Bericht.

Ab und zu auf Fleisch verzichten

Am stärksten schlägt dabei die Ernährung zu Buche. Die Bereitstellung und der Konsum von Nahrungsmitteln sind für 28 Prozent der Umweltbelastung im In- und Ausland verantwortlich. Davon gehen 44 Prozent auf tierische Produkte zurück. Bafu-Direktor Marc Chardonens sagte, es sei wichtig, sein eigenes Konsumverhalten zu hinterfragen und vielleicht ab und zu auf Fleisch zu verzichten. Das Wohnen (24 Prozent) und die Mobilität (zwölf Prozent) sind zwei weitere Bereiche, die den Fussabdruck der Schweizer Bevölkerung stark beeinflussen.

Der Bericht lobt auch verschiedene Erfolge. So seien die meisten Wälder gesund, und Standorte mit Altlasten gebe es immer weniger. Zudem sei es gelungen, den Energieverbrauch und den Ausstoss von Treibhausgasen vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln.

Wachsende Abfallberge

Herausfordernd bleibe der wachsende Bodenverbrauch und der damit verbundene Verlust an Biodiversität. Ein Problem seien auch die wachsenden Abfallberge, vor allem die Verschwendung von Lebensmitteln. Aber es gebe auch gute Nachrichten. So sei der Treibhausgasausstoss der Schweiz von 1990 bis 2016 um 10 Prozent gesunken.

Handlungsbedarf gibt es hingegen noch im Sektor Verkehr, der der grösste Versorger von Treibhausgasemissionen ist. Beim Ziel, bis 2020 einen Rückgang von 20 Prozent zu erreichen, sei man «auf Kurs», so Chardonens weiter. Mit dem Klimaabkommen von Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent gegenüber 1990 zu senken. SDA

Aus der Traum von der Einheitskasse

Zwei Initiativen zur Entmachtung der Kassen scheitern wohl mangels Unterschriften

Von Markus Brotschi

Lausanne. Der künftige Gewerkschaftspräsident Pierre-Yves Maillard hält die privaten Krankenversicherer und deren Lobbyisten im Parlament für eine der Ursachen für die hohe Prämienlast. Nachdem 2014 die linke Volksinitiative für eine Einheitskasse am Widerstand der Deutschschweizer gescheitert war, wollte der Waadtländer Gesundheitsdirektor Maillard mit seinem Genfer Amtskollegen Mauro Poggia die Einheitskasse in der Westschweiz verwirklichen. Sie lancierten im Oktober 2017 eine eidgenössische Initiative, die es einzelnen Kantonen oder mehreren zusammen erlaubte, eine Einheitskasse einzurichten. Nach geltendem Bundesrecht dürfen die Kantone dies nicht.

Aus dem grossen Traum der Westschweizer Einheitskasse wird wohl nichts. Vier Monate vor Ablauf der 18-monatigen Sammelfrist haben die Initianten erst rund 30000 der nötigen 100000 Unterschriften zusammen, wie das Initiativkomitee bestätigt. Somit dürfte die Initiative mit dem sperrigen Namen «Krankenversicherung. Organisationsfreiheit der Kantone» scheitern.

Das gleiche Schicksal droht auch der zweiten Initiative des gleichen Komitees, die den Ausschluss der Krankenkassen-Lobbyisten aus dem eidgenössischen Parlament verlangt. Für die Initiative «Für ein von den Krankenkassen unabhängiges Parlament» wurden bisher nur 30000 Unterschriften gesammelt.

«An der Waadt lag es nicht»

Die Initianten hätten zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie in der Deutschschweiz kaum auf Resonanz stiessen, sagt Maillard. An seinem Kanton sei es nicht gelegen, dass die Initiativen nicht zustande kommen. So seien in der Waadt mehr als 20000 Unterschriften gesammelt worden. Von Enttäuschung will Pierre-Yves Maillard nichts wissen, obwohl zum Ende seiner Amtszeit als Gesundheitsdirektor eines seiner grossen Sozialprojekte scheitert. Er setze nun auf die Prämieninitiative der SP, die am Sonntag lanciert wurde – einen Tag nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) Maillard zum neuen Präsidenten gewählt hatte.

Der Forderung, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Prämien ausgeben muss, gibt Maillard gute Chancen. Diese Initiative habe direkt einen Einfluss auf die Prämienbelastung. Das sei den Leuten einfacher zu erklären als eine Initiative, die die Strukturen der Krankenversicherung verändern und damit die



Foto: P. R. / picture

Ungleiche Bezahlung. Die Patienten werden medizinische Leistungen weiterhin mit verschiedenen Kassen abrechnen.

Prämienlast verringern wolle. Offiziell haben die Initianten noch nicht aufgegeben. Die Prämienhöhungen auf 2019 hätten das Interesse an den Initiativen wieder geweckt, sagt Mauro Maggioni vom Initiativkomitee. So seien kürzlich im Magazin der Westschweizer Konsumentenorganisation Unterschriftenbogen beigelegt worden und in Genf, Lausanne und St. Gallen habe es nochmals Standaktionen gegeben.

Allerdings schiebt Maggioni nach: «Das Komitee ist sich bewusst, dass wir es wahrscheinlich nicht schaffen.» Ende dieser Woche werde der aktuellste Stand der Unterschriftensammlung analysiert. Nächste Woche kommt das Komitee zusammen, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Experimentierartikel als Basis

Die wahrscheinlichste Variante ist, dass die Unterschriften für eine Petition an den Bundesrat verwendet werden. Ziel ist es, dass der Bundesrat kantonale Einheitskassen als Versuch bewilligt. Die Initianten berufen sich auf den neuen Experimentierartikel, den Gesundheitsminister Alain Berset im Krankenversicherungsgesetz vorschlägt.

Ob dieser Artikel allerdings die isolierte Einführung einer Einheitskasse in den grössten Kantonen der Westschweiz ermöglicht, ist fraglich. Enttäuscht von den linken Parteien und den Gewerk-

schaften ist Jean Blanchard, Generalsekretär des Mouvement Populaire des Familles. «Uns fehlten die Leute, die auf der Strasse Unterschriften sammeln.» Blanchard ist überzeugt, dass das Ziel erreicht worden wäre, wenn SP, die Grünen und die Gewerkschaften sich engagiert hätten.

In Deutschschweiz chancenlos

«Ich habe in den 40 Jahren, in denen ich aktiv bin, die Unterschriften noch nie so leicht zusammenbekommen wie bei diesen Initiativen.» Allerdings räumt

auch Blanchard ein, dass die Deutschschweiz kaum für die Anliegen zu gewinnen sei. So hatte zwar das Deutschschweizer Konsumentenmagazin *K-Tipp* Unterschriftenbogen beigelegt. Dabei kamen laut Blanchard aber nur einige Tausend Unterschriften zusammen.

Bei der Volksabstimmung über eine öffentliche Krankenkasse von 2014 hatten bloss die vier Westschweizer Kantone Waadt, Genf, Jura und Neuenburg zugestimmt. In der Deutschschweiz hatte das Anliegen jedoch keine Chance.

Bundesrat hält an neuen Prämienregionen fest

Bern. Der Bundesrat will trotz breitem Widerstand aus dem Parlament nicht auf eine Neueinteilung der Prämienregionen verzichten. Er lehnt eine Motion der ständerätlichen Gesundheitskommission ab, die den Verzicht auf das Projekt verlangt. Gesundheitsminister Alain Berset will mit einer Umgestaltung der kantonalen Prämienregionen die hohen Prämienunterschiede innerhalb der Kantone verringern. Dies hätte allerdings zur Folge, dass etwa in den Kantonen Zürich und Bern viele Gemeinden von einer günstigeren in eine teurere Region umgeteilt würden. Der Bundesrat führt in seiner Stellungnahme zur Motion aus,

dass Versicherte in Städten im Allgemeinen zu hohen Prämien bezahlen und damit Versicherte in ländlichen Gebieten subventionierten. Das sei unausgewogen. In den Augen des Bundesrats würde das Festhalten am heutigen System zudem künftige Umgestaltungen bei den Prämienregionen stark erschweren. Allerdings wird Berset wohl vom Parlament gestoppt werden. Denn der Ständerat dürfte der Motion seiner Gesundheitskommission zustimmen. Die Kommission des Nationalrats hat die gleiche Forderung auch aufgestellt. Damit ist eine Mehrheit für den Status quo bei den Prämienregionen praktisch sicher. br

Angriff auf Klimaschutz gescheitert

Der Nationalrat will den Pariser Klimavertrag umsetzen – gegen die SVP

Von Stefan Häne

Bern. Immer wieder war gestern Abend im Nationalrat die Rede vom diesjährigen Hitzesommer. «Die Warnsignale der Natur sind klar», sagt Bastien Girod (Grüne). «Wir werden Hitzesommer erleben, wie wir so noch nie erlebt haben, wenn wir nichts machen im Klimaschutz.»

Auch Umweltministerin Doris Leuthard (CVP) warnte mit Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse, solche Ereignisse würden sich in Zukunft häufen und intensivieren.

Damit war der Ton der Debatte gesetzt. Der Nationalrat war sich einig, dass der Klimawandel ein reales Problem sei, speziell für das Alpenland Schweiz. Es brauche deshalb eine Revision des CO₂-Gesetzes, um das Pariser Klimaübereinkommen umzusetzen, so der Tenor. Einzig die SVP scherte aus diesem Konsens aus. Deren Vertreter – von den Gegnern als «Klima-Leugner» gebrandmarkt – relativierten die Bemühungen der Schweiz: Deren Anteil am globalen CO₂-Ausstoss sei marginal. «Jeder weiss, dass wir das Weltklima von der Schweiz aus praktisch nicht beeinflussen können», sagte Christian Imark. Weiter warnte die SVP – gleich wie bei der Energiestrategie 2050 – vor

hohen Folgekosten für die Haushalte zwischen 1200 und 1800 Franken pro Jahr, wenn etwa der Preis für Benzin und Heizöl steige.

Linke Parlamentarier bezeichneten diese Berechnung als falsch, weil sie ausblende, dass die Haushalte dank Effizienzsteigerungen etwa im Gebäudebereich künftig auch Geld sparen würden. CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt erinnerte zudem daran, dass es sich bei der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe um eine Lenkungsabgabe handle, die an die Bevölkerung zurückerstattet werde.

Emissionshandel mit der EU

Die SVP beantragte, auf das neue CO₂-Gesetz für die Periode 2021 bis 2030 nicht einzutreten. Das war insofern konsequent, als ihre Fraktion letztes Jahr schon die Ratifizierung des Pariser Klimaübereinkommens abgelehnt hat. Doch die Mehrheit des Rats lehnte den Antrag mit 125 zu 62 Stimmen ab.

Zuvor hatte der Nationalrat beschlossen, den Schweizer CO₂-Emissionshandel – ein Instrument der Klimapolitik – mit jenem der EU zu verknüpfen. Er befürwortete die Ratifikation eines entsprechenden Abkommens mit 116 zu 68 Stimmen. In der Schweiz sind derzeit 54 CO₂-intensive Unternehmen ins

System eingebunden. Dieses funktioniert jedoch hierzulande schlecht, weil der Markt zu klein ist. Nun erhalten diese Unternehmen Zugang zum weit grösseren EU-Markt mit 11000 Teilnehmern.

Die SVP stimmt gegen die Verknüpfung, weil damit klimapolitisch eine engere Anbindung der Schweiz an die EU einhergeht. Es gehe um Selbstbestimmung der Schweiz im Bereich der CO₂-Politik, sagte SVP-Politiker Imark. Er warnte davor, die Schweiz werde wegen der dynamischen Rechtsentwicklung später nichts mehr zu sagen haben. Doch die Mehrheit argumentierte, ein Schweizer Alleingang mache keinen Sinn.

Klar abgelehnt hat es der Nationalrat, den Flugverkehr vom System auszunehmen. Er möchte aber mit einer Sonderbestimmung verhindern, dass die Luftfahrt dereinst doppelt belastet wird. Dies könnte der Fall sein, wenn die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO in den nächsten Jahren wie angekündigt eine CO₂-Kompensationspflicht für die internationale Luftfahrt einführt.

In diesem Fall müsste der Bundesrat eine neue Vorlage ausarbeiten, die eine Doppelbelastung verunmöglichen soll. Wie eine solche Lösung im Detail aussehen könnte, ist aber noch unklar.

«Aquarius» soll nicht unter Schweizer Flagge fahren

Bundesrat lehnt Vorschlag zu Flüchtlingsrettungsschiff ab

Bern. Das Flüchtlingsrettungsschiff «Aquarius» soll nicht unter Schweizer Flagge fahren. Der Bundesrat stellt sich gegen einen Vorschlag von Parlamentarierinnen und Parlamentariern der Grünen, der SP, der CVP und der FDP.

An der rechtlichen Situation liegt es nicht: Zwar ist die Schweizer Flagge grundsätzlich für Hochseeschiffe vorgesehen, die den gewerbsmässigen Transport von Gütern und Personen betreiben, doch lässt das Gesetz Ausnahmen zu. Der Bundesrat hält es aber nicht für sinnvoll, die «Aquarius» unter Schweizer Flagge fahren zu lassen, wie er in seinen gestern veröffentlichten Antworten auf Interpellationen schreibt.

Er ist der Ansicht, dass die Seenotrettung im Mittelmeer nach einem koordinierten und langfristigen ausgerichtetem Ansatz verlangt. Ad-hoc-Verhandlungen für jedes Schiff mit Flüchtlingen an Bord zu führen, währenddessen dieses tagelang umherirrt, sei nicht sinnvoll, schreibt der Bundesrat.

Es brauche eine tragfähige europäische Lösung, welche die Regeln der Seenotrettung berücksichtige, sichere Ausschiffungshäfen zur Verfügung stelle und einen Mechanismus zur Verteilung der ankommenden Flüchtlinge vorsehe. Das Engagement müsse im

Rahmen eines koordinierten Vorgehens aller europäischen Staaten erfolgen. Eine solche Lösung sei noch nicht Wirklichkeit. Vor diesem Hintergrund würden Einzelaktionen die Gefahr bergen, die notwendige Zusammenarbeit unter den Staaten zu unterlaufen statt zu fördern.

Fast 30000 Menschen gerettet

Die «Aquarius» wird gemeinsam von Ärzten ohne Grenzen und SOS Méditerranée betrieben. Zuletzt konfiszierten die italienischen Behörden das Schiff. Der Flaggenstaat Panama hatte zuvor angekündigt, dem Schiff die Registrierung zu entziehen. Damit müsste die «Aquarius» ihren Betrieb einstellen und dürfte nicht mehr zu Rettungsaktionen auslaufen, um Migranten in Not zu retten, schreiben die Nationalräte. Es sei denn, sie würde unter der Flagge eines anderen Landes agieren.

Kurt Fluri erinnert daran, dass das Schiff seit 2016 rund 29000 Migranten vor dem Ertrinken gerettet habe. Es sei unumstritten, dass SOS Méditerranée einen humanitären Zweck erfülle. «Es muss alles darangesetzt werden, dass diese humanitäre Mission in der Schweiz und, dank der «Aquarius», auch im Mittelmeer verfolgt wird.» SDA